



Foto: Joachim Tiemer

Protest gegen die Dienstleistungsrichtlinie. Mehr als 40.000 Mitglieder aus den Einzelgewerkschaften folgten dem Aufruf des DGB und nahmen teil an der Großdemonstration in Berlin. Der Zug wurde angeführt von Michael Sommer und den Vorsitzenden der Einzelgewerkschaften. Rechts im Bild Ulrich Thöne, Vorsitzender der GEW.

Machtvolle Demonstration des DGB in Berlin

Mehr als 40.000 demonstrieren gegen die Bolkestein-Richtlinie

Berlin-Mitte war am 11. Februar Schauplatz einer der großen Demonstrationen des DGB. Mehr als 40.000 Kolleginnen und Kollegen aller DGB-Gewerkschaften, auch der GEW, waren dem Aufruf des DGB gefolgt und protestierten unter dem Motto „Europa Ja – Sozialdumping Nein“ auf dem Schlossplatz gegen den Entwurf der unter dem Namen des Ex-EU-Kommissars Frits Bolkestein bekannt gewordenen Dienstleistungsrichtlinie, der dem Europaparlament zur Beschlussfassung vorliegt. Hauptstoßrichtung war dabei das „Herkunftslandprinzip“, wonach die Sozialstandards des Landes gelten sollen, aus dem der jeweilige Dienstleister kommt. DGB-Chef Michael Sommer als Hauptredner der Kundgebung bewertete dieses Prinzip als Ausgangspunkt für den Verlust von zigtausend Arbeitsplätzen, eine Pleitewelle bei Handwerkern und die Zerrüttung der Sozialsysteme. Alle Dienstleistungsbereiche seien davon betroffen.

Ausgangspunkt der Demonstration ist der Invalidenpark in Berlin – Mitte. In mehr als 600 Bussen sind die Teilnehmer aus nahezu allen Bundesländern nach Berlin gekommen. Bei nasskaltem Wetter mit Temperaturen um den Gefrierpunkt setzt sich der kilometerlange Zug um 11:45 Uhr in Bewegung, angeführt von Michael Sommer und den Vorsitzenden der Einzelgewerkschaften. Mit dabei ist auch Ulrich Thöne, Vorsitzender der GEW. Ziel ist der Schlossplatz an der Straße Unter den Linden und in der Nachbarschaft des ehemaligen „Palastes der Republik“, des Doms sowie der Humboldt-Universität. Von der riesigen Bühne aus wird den Kundgebungsteilnehmern von den Bands „World Music Company“ und „Culcha Candela“ eingeheizt. Als die Spitze des Zuges auf dem Schlossplatz ankommt,

sind Tausende am Invalidenpark noch gar nicht aufgebrochen. Ein Meer von Fahnen, Transparenten und Ballons bestimmt das Bild.

Michael Sommer freut sich bei seiner Rede sichtlich über die Resonanz dieser Großdemonstration. Dass so viele dem Aufruf des DGB gefolgt sind, war nicht selbstverständlich. Vielfach werden die Auswirkungen der Dienstleistungsrichtlinie unterschätzt. Außerdem meldeten die Medien gerade zwei Tage vor der Demonstration, im Europaparlament zeichne sich eine Mehrheit zur Entschärfung der Richtlinie ab. Nach langen Verhandlungen sei es gelungen den Stein des Anstoßes – das Herkunftslandprinzip – aus der Richtlinie herauszunehmen, ließ sich die federführende Abgeordnete Evelyne Gebhardt (SPD) zitieren.

Doch Sommer sieht den Kompromiss zwischen Sozialisten und Konservativen noch nicht „in Sack und Tüten“ und ruft dazu auf „wachsam zu bleiben“. Er warnt vor verfrühtem Optimismus. Selbst wenn das Europäische Parlament im Sinne des DGB entscheidet, mahnt er, „ist dies erst ein Etappensieg“. Wenn anschließend die EU-Kommission unter José Manuel Barroso am Zug sei, bedeute dies alles andere als die „Garantie für sozialen Fortschritt“. Und letztlich müsse der Europäische Rat der Staats- und Regierungschefs entscheiden, der in seiner Mehrheit neokonservativ geprägt sei.

Zuvor hat der DGB-Chef in deutlichen Worten die Auswirkungen der Dienstleistungsrichtlinie beschrieben. „In Berlin soll nicht mehr deutsches Arbeitsrecht gelten, wenn eine lettische Malerfirma oder ein portugiesischer Dachdecker ihre Dienste anbieten.“ Kein deutscher Polizist, kein Ordnungsamt, keine Gewerbeaufsicht könne etwas dagegen

tu, dass in Deutschland Hungerlöhne gezahlt, die Umwelt zerstört und die Arbeitnehmerrechte mit Füßen getreten werden. Sommer: „Hart umkämpfte Schutzrechte, Sozialstandards und Einkommen würden dem Dumping zum Opfer fallen.“ Er prognostiziert für diesen Fall den Verlust von zigtausenden von Arbeitsplätzen, eine Pleitewelle bei Handwerkern und die Zerrüttung der Sozialsysteme. Kein Dienstleistungsbereich einschließlich des Bildungswesens bleibe davon verschont.

Michael Sommer stellt heraus, dass zu dieser Demonstration nicht nur die Gewerkschaften, sondern neben den Sozialverbänden und den Umweltschützern auch SPD, Bündnis 90 / Die Grünen, die Linkspartei und die CDA aufgerufen und sich an der Kundgebung beteiligt haben. Das gebe Zuversicht für die weitere Auseinandersetzung. Aber: „Wir hören die Botschaft wohl, aber wir erwarten auch entsprechendes politisches Handeln.“ An den Schluss seiner Rede stellt der DGB-Chef ein Bekenntnis zu Europa. „Wir wollen ein friedliches, ein fortschrittliches und ein erfolgreiches Europa. Aber das wird nur kommen, wenn Europa sozial ist.“

Mit seinen Forderungen steht der DGB nicht allein. Das zeigte nicht nur die Bereitschaft der 40.000 nach Berlin zu kommen – es kam auch in den weiteren Reden bei der Kundgebung zum Ausdruck. Inzwischen hat auch die zweite europaweite Kundgebung gegen die Dienstleistungsrichtlinie stattgefunden. Am 14. Februar kamen in Straßburg mehr als 30.000 Teilnehmer zusammen. Die Demonstrationen in Berlin und Straßburg gehören zu den größten Kundgebungen in der Geschichte des Europaparlaments.

JOACHIM TIEMER